

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 2539
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/6395

Funkzellenabfragen im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2539 vom 23.11.2012:

Das Thema Funkzellenabfrage ist nicht erst seit dem massiven Einsatz in Dresden 2011 in der Kritik. Immer wieder kommt die Debatte auf, ob noch und wenn, wie mit diesem Instrument umgegangen werden soll. Nach § 100g Abs. 4 StPO werden Daten zu den einzelnen Funkzellenabfragen dokumentiert.

Um einen besseren Überblick über den Einsatz dieser Methode in Brandenburg zu erhalten, frage ich die Landesregierung:

1. Werden Funkzellenabfragen nach § 100g Abs. 1 und nach Abs. 2 Satz 2 getrennt erfasst?
Wenn ja, bitte diese für die folgenden Fragen separat aufzeigen.
2. In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 von der Polizei präventiv Funkzellenabfragen vorgenommen?
3. In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 von Polizei/Staatsanwaltschaften Funkzellenabfragen vorgenommen?
4. In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 vom Landesamt für Verfassungsschutz/Verfassungsschutz Funkzellenabfragen vorgenommen?
5. Wie viele Funkzellenabfragen wurden seit 2009 insgesamt durchgeführt?
6. Wie viele Verbindungsdatensätze sind dabei jeweils angefallen?
7. Wie viele Anschlüsse waren von der Maßnahme jeweils betroffen?
8. Wie viele Anschlussinhaberfeststellungen wurden jeweils vorgenommen?

Datum des Eingangs: 03.01.2013 / Ausgegeben: 08.01.2013

9. In wie vielen Verfahren konnten durch die Funkzellenabfrage neue Ermittlungsansätze gewonnen werden?
10. In wie vielen Verfahren haben die Daten der Funkzellenabfrage mit zu einer Verurteilung beigetragen?
11. Bei welchen Straftaten wurden Funkzellenabfragen durchgeführt, und wenn wie oft?
12. Waren alle Straftaten auch im Einzelfall von erheblicher Bedeutung?
13. In wie vielen Fällen wurden die Daten wieder gelöscht? Wann? In wie vielen nicht?
14. Wie viele der betroffenen Personen wurden darüber benachrichtigt?
15. Wurde die Verhältnismäßigkeit im Einzelfall geprüft?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Werden Funkzellenabfragen nach § 100g Abs. 1 und nach Abs. 2 Satz 2 getrennt erfasst? Wenn ja, bitte diese für die folgenden Fragen separat aufzeigen.

zu Frage 1:

Die sogenannte Funkzellenabfrage ermöglicht es, die Telekommunikations-Verkehrsdaten aller Mobilfunkteilnehmer zu erheben, die sich zu einem bestimmten Zeitraum in einer näher bezeichneten Funkzelle aufhalten oder aufgehalten haben. Rechtliche Grundlage für diese Erhebung ist § 100g Abs. 1 Nr. 1 StPO in Verbindung mit § 100g Abs. 2 Satz 2 StPO.

Frage 2:

In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 von der Polizei präventiv Funkzellenabfragen vorgenommen?

zu Frage 2:

Funkzellenabfragen im Sinne der Fragestellung wurden von der Polizei des Landes Brandenburg nicht vorgenommen.

Frage 3:

In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 von Polizei/Staatsanwaltschaften Funkzellenabfragen vorgenommen?

zu Frage 3:

Eine gesonderte Erfassung von Verfahren, in denen eine Funkzellenabfrage nach § 100g Abs. 1 in Verbindung mit § 100g Abs. 2 Satz 2 StPO durchgeführt wurde, erfolgt bei den Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg nicht. Die Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg haben in den Jahren 2009 bis 2012 (Stand: 30. November 2012) in nachfolgender Anzahl von Verfahren Maßnahmen

nach § 100g Abs. 1 StPO durchgeführt, an deren Umsetzung auch Polizeibehörden anderer Länder und des Bundes beteiligt sein können.

	2009	2010	2011	2012	Gesamt
StA Cottbus	78	30	30	39	177
StA Frankfurt (Oder)	69	44	31	26	170
StA Neuruppin	43	12	14	8	77
StA Potsdam	168	24	15	18	225
Gesamt	358	110	90	91	649

Frage 4:

In wie vielen Verfahren wurden seit 2009 vom Landesamt für Verfassungsschutz/Verfassungsschutz Funkzellenabfragen vorgenommen?

zu Frage 4:

Funkzellenabfragen im Sinne der Fragestellung wurden von der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg nicht vorgenommen.

Frage 5:

Wie viele Funkzellenabfragen wurden seit 2009 insgesamt durchgeführt?

Frage 6:

Wie viele Verbindungsdatensätze sind dabei jeweils angefallen?

Frage 7:

Wie viele Anschlüsse waren von der Maßnahme jeweils betroffen?

Frage 8:

Wie viele Anschlussinhaberfeststellungen wurden jeweils vorgenommen?

Frage 9:

In wie vielen Verfahren konnten durch die Funkzellenabfrage neue Ermittlungsansätze gewonnen werden?

zu den Fragen 5 bis 9:

Für die Beantwortung der Fragen wäre eine mit unverhältnismäßigem Aufwand verbundene Einzelauswertung sämtlicher Verfahren, in denen eine Maßnahme nach § 100g Abs. 1 StPO erfolgt ist, notwendig.

Frage 10:

In wie vielen Verfahren haben die Daten der Funkzellenabfrage mit zu einer Verurteilung beigetragen?

zu Frage 10:

Eine statistische Erfassung, in wie vielen Verfahren die Daten einer Funkzellenabfrage zu einer Verurteilung beigetragen haben, erfolgt bei den Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Fragen 5 bis 9 verwiesen.

Frage 11:

Bei welchen Straftaten wurden Funkzellenabfragen durchgeführt, und wenn wie oft?

zu Frage 11:

Eine statistische Erfassung nach einzelnen Straftatbeständen erfolgt bei den Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg nicht.

Frage 12:

Waren alle Straftaten auch im Einzelfall von erheblicher Bedeutung?

zu Frage 12:

Gemäß § 100g Abs. 1 Nr. 1 StPO ist gesetzliche Voraussetzung für die Erhebung von Verkehrsdaten, dass es sich auch in dem konkreten Einzelfall um eine Straftat von erheblicher Bedeutung handelt. Fälle, in denen diese Voraussetzung nicht beachtet worden ist, sind der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 13:

In wie vielen Fällen wurden die Daten wieder gelöscht? Wann? In wie vielen nicht?

zu Frage 13:

Die Löschung von nach § 100g StPO erhobenen Daten erfolgt nach rechtskräftiger Verurteilung, nach Einstellung des Verfahrens und bei Eintritt der Verjährung. Fälle, in denen die Staatsanwaltschaften des Landes dieser Verpflichtung nicht nachgekommen sind, sind der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 14:

Wie viele der betroffenen Personen wurden darüber benachrichtigt?

zu Frage 14:

Eine statistische Erfassung der Anzahl der betroffenen Personen erfolgt nicht. Fälle, in denen die Staatsanwaltschaften des Landes ihrer Unterrichtungspflicht nicht nachgekommen sind, sind der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 15:

Wurde die Verhältnismäßigkeit im Einzelfall geprüft?

zu Frage 15:

Staatsanwaltschaften und Gerichte sind an Gesetz und Recht gebunden und müssen in ihren Entscheidungen auch dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragen.